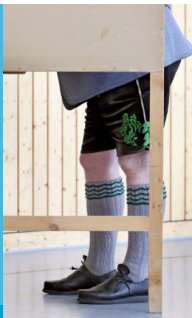


Neue Studie
So demokratiemüde
sind die Bayern

SEITE 10



politik

ABENDZEITUNG MITTWOCH, 8. 2. 2017 / NR. 32/6

TELEFON 089.23 77-3100

E-MAIL POLITIK@AZ-MUENCHEN.DE



Wie viel Kohl steckt in Merkel?

Helmut Kohl gilt als politischer Ziehvater von Angela Merkel.

Foto: Johannes Eisele/dpa

Die Langzeit-Kanzlerin im Stimmungstief – wird es ihr wie ihrem Mentor ergehen, werden die Wähler sie abstrafen? Ein Interview mit dem Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld

AZ-INTERVIEW

mit

Werner Weidenfeld



Der 69-Jährige ist Professor für politische Wissenschaft an der LMU München.

hen als auch Herausforderer Schulz vor Merkel.

Kurzum: Die Gefahr, dass Merkel im Herbst dasselbe

Schicksal erleiden könnte wie ihr großer Mentor Helmut Kohl, ist nicht von der Hand zu weisen – nämlich von den Wählern abgestraft und aus dem Amt gejagt zu werden. Die AZ sprach dazu mit dem Münchner Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld (LMU).

AZ: Herr Weidenfeld, ist die Situation von Helmut Kohl 1998 vergleichbar mit der von Angela Merkel heute? Oder anders gefragt: Wie viel Kohl steckt in Merkel?

WERNER WEIDENFELD: Es steckt sehr viel Kohl in ihr. Angela Merkel denkt in drei Kategorien. Erstens: wie Kohl. Sie hat an seinen Rockschoßen gelernt, wie westliche Politik funktioniert. Ein Crashkurs. Integraler Bestandteil ist zum Beispiel das deutsche Verhältnis zum Staat Israel, das nie in

Gefahr geraten darf. Zweitens denkt sie wie eine Physikerin. Sie betrachtet Politik wie einen Laborversuch. Wenn ein Experiment erst beim siebten Mal klappt, dann geht sie eben diesen Weg. Und drittens ist Angela Merkels Denken wegen der DDR-Vergangenheit auch stark von Misstrauen geprägt.

Hat sie von Kohl das Durchhalten an der Macht gelernt? Wenn man die Geschichte der Bundesrepublik betrachtet, gibt es nur zwei Kanzler, die ähnlich lange regiert haben. Konrad Adenauer, der Gründungskanzler, und Helmut Kohl, der Kanzler der Einheit. Beide haben bei ihren Wiederwahlen von dramatischen politischen Umbrüchen profitiert. **Die es in Merkels Ära nicht gab...**

Richtig, insofern ist ihr Stehvermögen eine historische

Ausnahme. Der normale Rhythmus eines Kanzlers ist anders: Erst wird er für vier Jahre gewählt, weil er den Menschen etwas völlig Neues, einen gesellschaftlichen Aufbruch verspricht – wie Willy Brandt zum Beispiel. Dann sagt er, dass er noch einmal vier Jahre braucht, um seine Ziele zu erreichen. Nach acht Jahren reicht's den Wählern dann normalerweise.

Was muss Merkel tun, damit es im September ein viertes Mal gut geht?

Mit ihrer Routine-Rhetorik darf sie nicht weitermachen. Sie muss sich eine neue Dramatik überlegen, inhaltlich, strategisch. Sie muss sich die Fragen stellen: Wie kann Schulz die derzeitige Euphorie bis zur Wahl durchhalten? Wie reagiere ich? Wie kann ich das Wirgefühl mit der CSU stärken?

Ist zu den wichtigsten Themen, der Flüchtlingsfrage und der Inneren Sicherheit, nicht schon alles gesagt?

Nein, das Thema Sicherheit wird noch eine ganz andere Dimension bekommen.

Wie wird Merkel das den Menschen vermitteln?

Sie hat clevere Berater, auch wenn mit Peter Hinze einer ihrer wichtigsten gestorben ist. Er hätte sie vor dem ein oder anderen Fehler bewahrt.

Welchen?

Das will ich nicht verraten, schließlich kenne ich Angela Merkel seit 1990 persönlich.

Zuletzt: Wie lautet ihre Prognose für die Wahl?

Ich glaube, die Union wird stärkste Partei bleiben, aber Rot-Rot-Grün ist nicht ausgeschlossen, wenn Schulz diese fluide Aufbruchstimmung erhält. **Interview: Clemens Hagen**

MEINUNG

Clemens Hagen

Der AZ-Redakteur über Merkels Dilemma im Wahljahr.
hagen.c@az-muenchen.de



Diffuses Bedürfnis

Objektiv betrachtet gibt es wenige Gründe, mit Angela Merkel unzufrieden zu sein. Die Wirtschaft brummt, die Arbeitslosigkeit ist so gering wie seit Ewigkeiten nicht mehr und zwei Millionen Flüchtlingen und Migranten dieser Erde wurde hier eine neue Heimat gegeben. Auf alles könnten die Deutschen zurecht stolz sein. Und ihre Kanzlerin im September ein viertes Mal ins Amt wählen. Das ist aber fraglich. Ein diffuses Bedürfnis nach Veränderung scheint viele Bürger ergriffen zu haben, was im Erstarken der radikalen Rechten seinen Ausdruck findet, genauso wie in der Euphorie, die Martin Schulz ausgelöst hat (natürlich gehören AfD und SPD nicht in denselben Topf geworfen).

Was bleibt Merkel übrig? Sie muss sich und ihre Politik ein drittes Mal neu erfinden. Oder – was wahrscheinlicher ist – Altbekanntes in eine neue, coole Verpackung stecken. Wie die aussehen soll? Das ist die 100 000-Dollar-Frage. Aber Vorsicht: Meist sind die Wähler zu schlau, um auf Werbetricks hereinzufallen.

Die Kanzlerin auf schwieriger Mission in Polen

Angela Merkel spricht Demokratiedefizite an und bemüht sich zugleich um ein gutes Verhältnis

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat Polens rechtskonservative Regierung zur Wahrung der Rechte der Opposition, Justiz, Gewerkschaften und Medien aufgerufen. Zugleich warb sie gestern bei Ministerpräsident Beata Szydlo in Warschau trotz bestehender Probleme im deutsch-polnischen Verhältnis für enge Beziehungen sowie den Zusammenhalt der 27 Staaten der Europäischen Union nach dem angekündigten Austritt Großbritanniens.

Szydlo, die kurz nach ihrem Amtsantritt Merkels Flüchtlingspolitik scharf kritisiert hatte, versicherte ihr: „Wir werden sehr eng zusammenarbeiten.“

Mit dem Brexit verliert die polnische Regierung ihren nach eigenen Angaben wichtigsten EU-Partner und muss sich Experten zufolge um ein besseres Verhältnis zu Deutschland bemühen. Seit Ausbruch der Ukrainekrise fühlt sich Polen von Moskau bedroht.

Merkel und Szydlo sprachen sich für die Aufrechterhaltung

der Sanktionen gegen Russland aus. Diese könnten nur gelockert werden, wenn es Fortschritte bei der Umsetzung des Minsker Friedensabkommens für die Ostukraine gebe. Dort kommt es derzeit wieder zu blutigen Kämpfen zwischen prorussischen Separatisten und ukrainischen Regierungstruppen. US-Präsident Donald Trump hatte eine Debatte über

eine Lockerung der Sanktionen eröffnet.

Deutsche Politiker hatten Merkel vor dem Besuch aufgerufen, Demokratieverstöße der polnischen Regierung zu kritisieren. Merkel erinnerte dann in Warschau in einer „sehr persönlichen“ Erklärung an ihr Leben in der DDR ohne unabhängige Justiz und Medien sowie die damalige Hoffnung auf die Freiheitsbewegung im sozialistischen Polen durch die Gewerkschaft Solidarnosc.

Merkel: „Die Solidarnosc hat auch mein Leben geprägt.“ Ohne sie hätte es womöglich weder die europäische Einigung und das Ende des Kalten Krieges noch die deutsche Einheit so schnell gegeben, sagte Merkel. „Aus dieser Zeit wissen wir, wie wichtig plurale Gesellschaften sind, wie wichtig eine unabhängige Justiz und Medien sind. Denn das hat damals alles gefehlt.“



Trotz Unstimmigkeiten gut gelaunt: Angela Merkel und Beata Szydlo (r.).

Gauck: „Deutschland muss selbstbewusster werden“

Bundespräsident Joachim Gauck hat angesichts der Verunsicherungen durch US-Präsident Donald Trump eine stärkere Emanzipation von den USA verlangt. „Es ist an



Joachim Gauck.

der Zeit, dass die europäischen Staaten und besonders auch Deutschland, die sich lange unter dem Schild der amerikanischen Führungsmacht eingerichtet hatten, selbstbewusster und selbstständiger werden“, sagte er bei einem Festakt zum 25. Jahrestag des Maastrichter Vertrages in der Universität der niederländischen Stadt.

Europa müsse im Zeitalter von technologischem Wandel, wegen des anhaltenden Migrationsdrucks, des internationalen Terrorismus und einer instabilen Weltordnung unterschiedener zusammenrücken, mahnte Gauck: „Manchmal bedarf es eines Schocks, um Einsichten zu erzwingen. Ein Schock kann heilsam sein.“

Zugleich ergab gestern eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov, dass zwei von drei Deutschen für einen Verbleib in der EU sind.